

Niederschrift

**über die Sitzung des Ausschusses für Bürger, Umwelt, Klimaschutz und Ordnung
am 08.11.2016
um 17:05 Uhr bis 19:00 Uhr in Remscheid, Rathaus, 2. Etage, Großer Sitzungssaal**

Anwesend sind:

Vorsitz

Frau Tanja Kreimendahl

Ratsmitglieder

Frau Dr. Stefanie Bluth

Herr Mathias Heidtmann

Frau Katharina Elisabeth Keil

Frau Susanne Pütz

Vertretung für Herrn Friese

Herr Maximilian Siegert

Herr Sebastian Thiel

Herr Peter-Edmund Uibel

Sachkundige Bürger/innen

Herr Sven Chudzinski

Frau Margit Dorfmueller (bis 17.30 Uhr)

Vertretung für Herrn Weber

Frau Susanne Fiedler

Herr Kai Eric Gerber

Herr Wolfgang Klubertz

Herr Thorsten Schwandt

Herr Hans-Gerd Steinheuser

Herr Stephan Weber (ab 17.30 Uhr)

Frau Jutta Wilke

Beigeordnete

Frau Barbara Reul-Nocke

von der Verwaltung

Herr Wolfgang Putz

Herr Jürgen Beckmann

Herr Markus Heine

Frau Monika Reinhardt

Gäste

Herr Stephan Trutzenberg - BVLA

Schriftführerin

Frau Birgit Mendryschka

Tagesordnung

I. Öffentlich

- | | | |
|--------------|---------|---|
| 1 | | Änderung/Erweiterung der Tagesordnung |
| 2 | | Niederschrift über die Sitzung vom 21.09.2016 |
| 3 | 15/2815 | Jahresbericht 2015 für das Bergische Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt (BVLA) |
| 4 | | Fällung der Buche, Moll'sche Villa, Lennep
mündlicher Bericht |
| 5 | | Anfragen der Ausschussmitglieder gem. Ziff. 2.5 und 12.2 der Geschäftsordnung |
| 5.1 | 15/2539 | Urbanes Grün stärken
Anfrage der CDU-Fraktion vom 08.06.2016 zur Sitzung des Ausschusses für Bürger, Umwelt, Klimaschutz und Ordnung am 30.08.2016 |
| 5.1.1 | 15/2836 | Urbanes Grün stärken - Anfrage der CDU-Fraktion vom 08.06.2016 zur Sitzung des Ausschusses für Bürger, Umwelt, Klimaschutz und Ordnung am 30.08.2016 |
| 5.2 | | Neuenhof |
| 5.2.1 | 15/2726 | Schilderwald im Neuenhof |
| 5.2.2 | 15/2727 | Erstellung eines Parkraumkonzeptes
Anfrage der SPD-Fraktion vom 26.08.2016 zur Sitzung des Ausschusses für Bürger, Umwelt, Klimaschutz und Ordnung am 30.08.2016 |
| 5.2.3 | 15/2952 | Parkraumkonzept und Schilderwald im Neuenhof
Ergänzung zur Vorlage 15/2726 |
| 5.3 | 15/2788 | Sachstand bzgl. Fördermittelakquise Fuß- und Radverkehr?
- Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen |
| 5.3.1 | 15/2892 | Sachstand bzgl. Fördermittelakquise Fuß- und Radverkehr
Antwort auf die Anfrage von Bündnis 90 / Die Grünen |
| 5.4 | 15/2877 | Förderung des Engagements in den örtlichen Hilfsorganisationen - Anfrage der FDP-Ratsgruppe |
| 5.5 | | Eilverfahren gegen verkaufsoffene Sonntage |
| 6 | | Mitteilungen der Verwaltung gem. Ziff. 2.5 der Geschäftsordnung |
| 6.1 | 15/2752 | Pfandringe für Flaschensammler in Remscheid |
| 7 | | Schriftl. Berichte der Verwaltung über den Stand der zur Ausführung beschlossenen Anträge gem. Ziff. 2.6 der Geschäftsordnung |

- 8** Vorschläge zur Tagesordnung gem. Ziff. 2.2 der Geschäftsordnung
- 9** Anträge von Ausschussmitgliedern, Gruppen oder Fraktionen außerhalb der Tagesordnung gem. Ziff. 11.1 der Geschäftsordnung
- 9.1** 15/2885 Örtliche Emissionsdaten erfassen
- 10** Anfragen der Ausschussmitglieder gem. Ziff. 12.3 der Geschäftsordnung
- 10.1** Verkehrssituation im Einmündungsbereich Solinger Straße / Reinshagen
Anfrage von Herrn Gerber
- 10.2** Ampelanlage Haddenbacher Straße
Anfrage von Herrn Uibel
- 10.3** Ampelanlage Stachelhausen / Weststraße
Anfrage von Frau Fiedler
- 10.4** Parkmöglichkeiten im Bereich Ringstraße 108 - 112
Anfrage von Herrn Schwandt
- 10.5** Auftragsvergaben an ansässige Firmen
Anfrage von Herrn Weber
- 11** 15/2661 BP 137 4. Änderung - Gebiet: Hindemithstraße
1. Aufstellungsbeschluss gem. § 2 (1) BauGB i.V.m. § 13 a BauGB
2. Beschluss über die frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung gem. § 3 (1) BauGB
- 12** 15/2816 Förderprogramm für passiven Lärmschutz im Stadtgebiet Remscheid
- 13** 15/2723 Empfehlung des Landschaftsbeirats zur Unterschutzstellung des Hardtparks in Lennep
- 14** 15/2834 BP 667 - Gebiet: nördlich Königstraße, südlich Stadtpark
1. Aufstellungsbeschluss gem. § 2 (1) BauGB i. V. m. § 13 a BauGB
2. Beschluss über die frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung gem. § 3 (1) BauGB
- 15** 15/2855 Doppelhaushalt 2017 / 2018
Beratung des Entwurfs in der Zuständigkeit des Ausschuss für Bürger, Umwelt, Klimaachutz und Ordnung
- 16** 15/2867 Verlegung des Morsbaches im Bereich eines Firmenstandortes - Mittelbereitstellung/ -einplanung
- 17** 15/2869 Naturnaher Gewässerausbau des Eschbachs mit Sanierung des Schwanteichs - Mittelbereitstellung / -einplanung

II. Nichtöffentlich

- 1** Anfragen der Ausschussmitglieder gem. Ziff. 2.5 und 12.2 der Geschäftsordnung
- 2** Mitteilungen der Verwaltung gem. Ziff. 2.5 der Geschäftsordnung
- 3** Schriftl. Berichte der Verwaltung über den Stand der zur Ausführung beschlossenen Anträge gem. Ziff. 2.6 der Geschäftsordnung
- 4** Vorschläge zur Tagesordnung gem. Ziff. 2.2 der Geschäftsordnung
- 5** Anträge von Ausschussmitgliedern, Gruppen oder Fraktionen außerhalb der Tagesordnung gem. Ziff. 11.1 der Geschäftsordnung
- 6** Anfragen der Ausschussmitglieder gem. Ziff. 12.3 der Geschäftsordnung

I. Öffentlich

1. Änderung/Erweiterung der Tagesordnung

Frau Kreimendahl bittet, folgende Tagesordnungspunkte mit aufzunehmen:

- TOP 5.3.2 – Ds.-Nr.: 15/2952 – Ergänzungsanfrage der W.i.R. zur Ds.-Nr.: 15/2726
- TOP 16 – Ds.-Nr.: 15/2867 – Verlegung des Morsbaches im Bereich eines Firmenstandortes – Mittelbereitstellung / -einplanung
- TOP 17 – Ds.-Nr.: 15/2869 – Naturnaher Gewässerausbau des Eschbachs mit Sanierung des Schwanenteichs – Mittelbereitstellung / -einplanung.

Herr Uibel erklärt zu TOP 15 – Ds.-Nr.: 15/2855 – Doppelhaushalt 2017/2018, dass die SPD-Fraktion noch Beratungsbedarf hat und bittet um Zurückstellung der Beschlussfassung.

Es wird keine weitere Änderung der Tagesordnung gewünscht.

Abstimmungsergebnis:

Ja 16 Nein 0 Enthaltungen 0

Beschluss:

Der Ausschuss für Bürger, Umwelt, Klimaschutz und Ordnung stellt den Tagesordnungspunkt 15 – Ds.-Nr.: 15/2855 – Doppelhaushalt 2017/2018 – auf Antrag von Herrn Uibel zurück.

Der Antrag ist somit abgelehnt.

Der Ausschuss für Bürger, Umwelt, Klimaschutz und Ordnung beschließt, folgende Tagesordnungspunkte mit in die Tagesordnung aufzunehmen:

- TOP 5.3.2 – Ds.-Nr.: 15/2952 – Ergänzungsanfrage der W.i.R. zur Ds.-Nr.: 15/2726
- TOP 16 – Ds.-Nr.: 15/2867 – Verlegung des Morsbaches im Bereich eines Firmenstandortes – Mittelbereitstellung / -einplanung
- TOP 17 – Ds.-Nr.: 15/2869 – Naturnaher Gewässerausbau des Eschbachs mit Sanierung des Schwanenteichs – Mittelbereitstellung / -einplanung.

2. Niederschrift über die Sitzung vom 21.09.2016

Die Niederschrift über die Sitzung vom 21.09.2016 wird in der vorgelegten Form einstimmig genehmigt.

3. Jahresbericht 2015 für das Bergische Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt (BVLA) Vorlage: 15/2815

Herr Trutzenberg stellt sich als neuer Leiter des Bergischen Lebensmittelüberwachungs- und Veterinäramtes vor und erläutert den Jahresbericht 2015. Er stellt insbesondere heraus, dass seit dem 01.05.2016 Gebühren für Plankontrollen erhoben werden können, dies bisher aber aufgrund der personellen Kapazitäten noch nicht geschehen ist. Damit Gesamteinneh-

men in Höhe von 200.000,-- Euro gerechnet wird (davon ca. 87.000,-- Euro für Plankontrollen), wird sich die zusätzliche Stelle selbst finanzieren.

Auf Anfrage von Herrn Heidtmann erklärt Herr Trutzenberg, dass

- keine Statistik geführt wird, die die an Beißvorfällen beteiligten Hunderassen ermittelt. Grundsätzlich kann aber bestätigt werden, dass Beißvorfälle nicht auf spezielle Rassen begrenzt sind.
- die Bußgelder von den kommunalen Ordnungsbehörden verhängt werden; Gebühren werden seitens des BLVA z. B. für Wesenstests erhoben.
- Zur „Hygiene-Ampel“ erklärt er, dass Abstimmungsgespräche hins. der Einführung kontinuierlich geführt werden. Aus Sicht des BLVA bräuchte die Einführung z. Z. aus Gründen der Beweissicherung und des Selbstschutzes Mehrarbeit; die notwendigen kurzfristigen Nachkontrollen sind mit dem vorhandenen Personal nicht leistbar. Ein funktionsfähiges ausgereiftes Verfahren ist s. E. dennoch im Ergebnis sinnvoll, da es zur Verbesserung der betrieblichen Hygiene führt.

In Beantwortung der Anfrage von Herrn Chudzinski erklärt Herr Trutzenberg, dass die Gebühren erst nach ca. 1 Jahr verfallen, jedoch durch Betreiber-/Besitzerwechsel ein Einnahmeverlust im zweistelligen Prozentbereich liegt. Er hofft auf baldige personelle Verstärkung.

Frau Fiedler bittet, für den Gesamtbereich des BLVA um eine prognostische Einschätzung der Entwicklung. Herr Trutzenberg ist derzeit eine aktuelle Einschätzung nicht möglich, er wird diese erst nach einer Einarbeitungszeit abgeben können, weist aber darauf hin, dass die augenblicklichen Zahlen im Vergleich zu anderen LVA nicht wesentlich abweichen.

Auf Anfrage von Herrn Uibel berichtet Herr Trutzenberg, dass bei den zu bearbeitenden Fällen eine Einschätzung hinsichtlich der Dringlichkeit des Vorgehens erfolgt und die notwendigen Maßnahmen veranlasst werden. Aus Kapazitätsgründen wird die Abwicklung des Bußgeldverfahrens meist zurückgestellt.

Der Ausschuss für Bürger, Umwelt, Klimaschutz und Ordnung nimmt den Jahresbericht 2015 des BVLA und die erläuternden Ausführungen von Herrn Trutzenberg zur Kenntnis.

4. Fällung der Buche, Moll'sche Villa, Lennep mündlicher Bericht

Herr Putz erläutert zum Verfahren, dass der für den fraglichen Bereich geltende Bebauungsplan den Stand gem. § 33 BauGB erreicht hat. Auf dieser Grundlage soll eine Baugenehmigung für 15 Wohneinheiten plus Tiefgarage erteilt werden. Der Bauträger hat zwz. die Fällung von 20 unter Schutz stehenden Bäumen in diesem Bereich beantragt und wird hierfür 40 Ersatzpflanzungen vornehmen; 28 davon auf dem Gelände und weitere 12 an noch näher zu bestimmenden Standorten.

Die fragliche Buche stand auf einer privaten Grünfläche westlich des Baugrundstückes und wurde zusammen mit 4 weiteren Nadelhölzern, die nicht unter die Baumschutzsatzung fallen, abgeholzt. Dies stellt einen schwerwiegenden Verstoß gegen die Baumschutzsatzung dar. Ein Bußgeldverfahren mit entsprechendem Anhörungstermin wurde eingeleitet. Am 02.11.2016 wurden vor Ort Ersatzpflanzungen besprochen. Es sollen 5 Buchen mit 55 cm Umfang und 7-9 m Höhe neu gepflanzt werden; damit ist der Anspruch gem. Satzung mehr als erfüllt. Unabhängig davon wird das Bußgeldverfahren weiter betrieben.

Der Ausschuss für Bürger, Umwelt, Klimaschutz und Ordnung nimmt die Ausführungen zur Kenntnis.

5. Anfragen der Ausschussmitglieder gem. Ziff. 2.5 und 12.2 der Geschäftsordnung

5.1. Urbanes Grün stärken

Anfrage der CDU-Fraktion vom 08.06.2016 zur Sitzung des Ausschusses für Bürger, Umwelt, Klimaschutz und Ordnung am 30.08.2016

Vorlage: 15/2539

Herr Heidtmann bittet um Schilderung des zeitlichen Ablaufs von Ersatzpflanzungen aufgrund von Ausgleichszahlungen unter Bezugnahme auf die Fällung des Baumes in der Wilhelmstraße.

Zunächst stellt Herr Putz fest, dass der Baum in der Wilhelmstraße aus Gründen der Verkehrsgefährdung gefällt wurde. Eine Ersatzpflanzung ist daher nicht notwendig, jedoch auf Grundlage eines Beschlusses des Landschaftsbeirates als freiwillige Leistung vorgesehen. Grundsätzlich werden unmittelbar nach Zahlung eines Ausgleichsbetrages geeignete städtische Flächen für Ersatzpflanzungen festgelegt. Zur ersten Einschätzung dienen Planunterlagen, im weiteren Verfahren wird vor Ort geprüft, ob ein Standort geeignet ist. Es erfolgen notwendige Abstimmungen mit Leitungsträgern etc. Der zeitliche Ablauf ist abhängig vom Einzelfall.

Auf Anfrage von Herrn Uibel erklärt Herr Putz, dass, um Pflanzlücken wieder zu schließen, auch Altstandorte trotz höherer Kosten durch aufwendige Vorarbeiten gewählt werden.

In Beantwortung der Anfrage von Herrn Siegert erklärt Herr Putz, dass Bauträger vorrangig gefordert sind, Ersatzpflanzungen in Eigenregie durchzuführen. Kommt es zur Ausgleichszahlung, wird diese entsprechend der gesetzlichen Bestimmung für Ersatzpflanzungen aber auch zur Baumpflege zweckgebunden eingesetzt.

Hinsichtlich der Anfrage von Frau Kreimendahl zum Ausgleich der Baumbestände teilt Herr Putz mit, dass durch Ersatzpflanzungen – auch im Bereich privater Grundstücksflächen – mehr Neupflanzungen als notwendig erfolgen.

Auf Anfrage von Herrn Chudzinski und Frau Fiedler erläutert Herr Putz, dass erfahrene Gartenbauingenieure krankheitsbedingte Abholzungen attestieren und unter Berücksichtigung der jeweiligen Standortbedingungen geeignete Baumarten für Ersatzpflanzungen vorsehen.

Frau Reul-Nocke regt an, die Herrn Berger (entsprechend seinem Vortrag im Landschaftsbeirat) und Wolff (Ausblick auf die Grünbilanz) zum Thema referieren zu lassen.

Der Ausschuss für Bürger, Umwelt, Klimaschutz und Ordnung nimmt die Ausführungen zur Kenntnis und befürwortet die vorgeschlagene Berichterstattung.

5.1.1. Urbanes Grün stärken - Anfrage der CDU-Fraktion vom 08.06.2016 zur Sitzung des Ausschusses für Bürger, Umwelt, Klimaschutz und Ordnung am 30.08.2016

Vorlage: 15/2836

Die Mitteilungsvorlage der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

5.2. Neuenhof

5.2.1. Schilderwald im Neuenhof Vorlage: 15/2726

Die Anfrage der W.i.R.-Gruppe vom 26.08.2016 wird zur Kenntnis genommen.

5.2.2. Erstellung eines Parkraumkonzeptes Anfrage der SPD-Fraktion vom 26.08.2016 zur Sitzung des Ausschusses für Bürger, Umwelt, Klimaschutz und Ordnung am 30.08.2016 Vorlage: 15/2727

Die Anfrage der SPD-Fraktion vom 26.08.2016 wird zur Kenntnis genommen.

5.2.3. Parkraumkonzept und Schilderwald im Neuenhof Ergänzung zur Vorlage 15/2726 Vorlage: 15/2952

Herr Beckmann stellt den aktuellen Sachstand wie folgt dar:

Eine Neuregelung der Parkraumsituation im Bereich Neuenhof wurde aufgrund der von der Feuerwehr aufgezeigten Probleme beim Anfahren des Gebietes zwingend erforderlich. Anfang Juli 2017 erfolgte die Presseinformation über die beabsichtigten Maßnahmen. Nach zahlreichen Anwohnerprotesten fand am 20.07.2016 ein Abstimmungsgespräch bei Herrn OB Mast-Weisz statt, bei dem Konsens mit allen Parteien erzielt wurde. Auf dieser Grundlage hat eine Probefahrt stattgefunden, zu der sich auch die Anwohner anmelden konnten.

Einvernehmen besteht demzufolge in folgenden Bereichen:

- Neuenhof innen – einseitiges Beparken des Gehwegs wird zugelassen, der Gehweg auf der gegenüberliegenden Seite bleibt frei für Fußgänger
- Neuenhof quer vor dem Sportplatz – ein einseitiges absolutes Halteverbot wird eingerichtet, gegenüber bleibt das Parken zulässig
- Magdeburger Straße – ein aufgesetztes Parken auf den Grünflächen wird erlaubt, die entsprechenden Markierungen wurden aufgebracht
- Leipziger Straße - ein aufgesetztes Parken auf den Grünflächen wird erlaubt, die entsprechenden Markierungen wurden aufgebracht
- Dresdener Straße - ein aufgesetztes Parken auf den Grünflächen wird erlaubt
- Breslauer Straße 94/Einmündung Baisieper Straße – ein aufgesetztes Parken am rechten Schrammbord ist möglich, auf eine Beschilderung wurde verzichtet

Bisher ungelöst ist die Situation im Bereich der äußeren Umfahrung Neuenhof; hier hat die Probefahrt gezeigt, dass größere Fahrzeuge nicht mehr passieren können, wenn ein Parken zugelassen wird.

In der Sondersitzung der BV 1 am 21.09.2016 wurden darüber hinaus weitere Wünsche von Anwohnern vorgetragen:

- Straße und Randbereich Neuenhof außen sollten erneuert, Bäume beseitigt werden
- ein linksseitiges Beparken sollte trotz der Probleme erlaubt werden
- ein gefahrloses Begehen der Treppenanlage Breslauer Straße durch Fußgänger sollte sichergestellt werden
- Raser wurden seit der Entfernung der parkenden Fahrzeuge vermehrt festgestellt

- Es sollte ein teilweise eingeschränktes Halteverbot eingerichtet werden
- die Stadt Remscheid soll den Rückbau privater Grünflächen koordinieren
- die Straße Neuenhof sollte als verkehrsberuhigter Bereich umgebaut werden
- Feuerwehr, Müllabfuhr etc. sollten die Straße mit kleineren Fahrzeugen befahren.

Herr Beckmann stellt abschließend fest, dass aus ordnungsbehördlicher Sicht weitere Stellplätze im Bereich Neuenhof auf öffentlichen Verkehrsflächen nicht mehr realisierbar sind. Die GEWAG hat sich allerdings zwz. bereit erklärt, Stellplätze auf den Grünflächen vor den Häusern zu ermöglichen, ein Konzept liegt noch nicht vor.

Darüber hinaus kann ein eingeschränktes Halten zum Be- und Entladen durch das Einrichten eines Halteverbots vor den Garagen in der Breslauer Straße möglich gemacht werden.

Um die Raser zu stoppen werden im Bereich der vorhandenen Schilder Sperrflächen markiert und Leitbarken auf der Fahrbahn installiert. Sperrflächen werden auch im Bereich der Treppen markiert.

Die GEWAG prüft einen Rückbau der Grünflächen; städtische Gelder stehen für diese Maßnahme nicht zur Verfügung.

Das Parkverbot im Bereich des Spielplatzes bleibt aus Gründen der Verkehrssicherheit erhalten.

Auf Anfrage von Herrn Gerber erklärt Herr Beckmann, dass die BV 2 zwz. angeregt hat, die Straßensanierung im Bereich Neuenhof zeitlich vorzuziehen, d. h. die entsprechenden Haushaltsmittel entsprechend frühzeitiger einzuplanen.

Der Ausschuss für Bürger, Umwelt, Klimaschutz und Ordnung nimmt die Ausführungen zur Kenntnis.

**5.3. Sachstand bzgl. Fördermittelakquise Fuß- und Radverkehr?
- Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Vorlage: 15/2788**

Frau Fiedler erläutert nochmals ihr Anliegen und stellt abschließend fest, dass sie auf die notwendige Unterstützung des Klimaschutzbeauftragten in dieser Angelegenheit hofft.

Der Ausschuss für Bürger, Umwelt, Klimaschutz und Ordnung nimmt Kenntnis.

**5.3.1. Sachstand bzgl. Fördermittelakquise Fuß- und Radverkehr
Antwort auf die Anfrage von Bündnis 90 / Die Grünen
Vorlage: 15/2892**

Der Ausschuss für Bürger, Umwelt, Klimaschutz und Ordnung nimmt die Antwort der Verwaltung zur Anfrage Bündnis 90 / Die Grünen vom 13.09.2016 zur Kenntnis.

**5.4. Förderung des Engagements in den örtlichen Hilfsorganisationen - Anfrage der FDP-Ratsgruppe
Vorlage: 15/2877**

Frau Reul-Nocke führt zur Anfrage von Herrn Chudzinski aus, dass eine verwaltungsseitige Stellungnahme in Absprache mit Herrn Eul-Jordan für die nächste ordentliche Sitzung des Ausschusses am 10.01.2017 vorbereitet wird.

Sie verweist im Übrigen auf die zum Thema bereits in der Sitzung am 03.11.2015 gemachten Ausführungen.

Herr Chudzinski ist mit dieser Vorgehensweise einverstanden.

Der Ausschuss für Bürger, Umwelt, Klimaschutz und Ordnung nimmt die Ausführungen zur Kenntnis.

5.5. Eilverfahren gegen verkaufsoffene Sonntage

Frau Reul-Nocke bezieht sich auf entsprechende Medienberichte und teilt mit, dass Verdi im Rahmen von Eilverfahren plant, die geplanten verkaufsoffenen Sonntage am 11.12.2016 in Lennep und am 27.11.2016 in Lüttringhausen gerichtlich überprüfen zu lassen. Zeitgleich wurde ein entsprechendes Verfahren auch in Solingen eingeleitet.

Grundlage hierfür ist die geänderte Rechtslage, die verkaufsoffenen Sonntage nur im Rahmen von Veranstaltungen erlaubt, die größere Besucherströme nicht erst durch die zusätzliche Öffnung der Geschäfte anziehen. Dies dürfte für Lüttringhausen zutreffen; für Lennep bleibt die gerichtliche Einschätzung abzuwarten. Eine Nachbesserung ist hier nicht mehr möglich.

Der Ausschuss für Bürger, Umwelt, Klimaschutz und Ordnung nimmt die Ausführungen zur Kenntnis.

6. Mitteilungen der Verwaltung gem. Ziff. 2.5 der Geschäftsordnung

**6.1. Pfandringe für Flaschensammler in Remscheid
Vorlage: 15/2752**

Die Mitteilungsvorlage der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

7. Schriftl. Berichte der Verwaltung über den Stand der zur Ausführung beschlossenen Anträge gem. Ziff. 2.6 der Geschäftsordnung

Schriftl. Berichte der Verwaltung über den Stand der zur Ausführung beschlossenen Anträge gem. Ziff. 2.6 der Geschäftsordnung wurden nicht vorgelegt.

8. Vorschläge zur Tagesordnung gem. Ziff. 2.2 der Geschäftsordnung

Vorschläge zur Tagesordnung gem. Ziff. 2.2 der Geschäftsordnung werden nicht gemacht.

9. Anträge von Ausschussmitgliedern, Gruppen oder Fraktionen außerhalb der Tagesordnung gem. Ziff. 11.1 der Geschäftsordnung

9.1. Örtliche Emissionsdaten erfassen Vorlage: 15/2885

Abstimmungsergebnis:

Ja 2 Nein 14 Enthaltungen 0

Beschluss:

Der Ausschuss für Bürger, Umwelt, Klimaschutz und Ordnung empfiehlt dem Rat der Stadt, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Verwaltung der Stadt Remscheid beantragt beim Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz Nordrhein-Westfalen zwecks Ermittlung der tatsächlichen Schadstoffbelastung die Installation von Passivsammler an den bereits hoch belasteten, sowie an den im DOC Gebiet betroffenen Straßen. Weiter ist eine Aktualisierung der Schadstoffemissionswerte im betroffenen DOC Gebiet auf der Grundlage örtlicher Emissionsdaten in einem neuen Gutachten vorzunehmen.

Der Antrag ist damit abgelehnt.

10. Anfragen der Ausschussmitglieder gem. Ziff. 12.3 der Geschäftsordnung

10.1. Verkehrssituation im Einmündungsbereich Solinger Straße / Reinshagen Anfrage von Herrn Gerber

Herr Gerber erläutert, dass es aufgrund der Baumaßnahme im Bereich Solingen/Burg vor allem im Berufsverkehr im Einmündungsbereich Solinger Straße / Reinshagen zu erheblichen Rückstaus kommt und erkundigt sich, ob Abhilfe geschaffen werden kann.

Herr Beckmann führt aus, dass die Ampelanlage insbesondere im Hinblick auf den Verkehrsabfluss von und Richtung Reinshagen unentbehrlich ist. Auch die Querungshilfe im Bereich der Stockder Stiftung ist für den Fußgängerverkehr unverzichtbar, so dass derzeit lediglich mit Nachsteuerungsmaßnahmen zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse beigetragen werden kann. Veränderungen in diesem Bereich werden kontinuierlich vorgenommen. Ab 20.00 Uhr erfolgt die Nachabschaltung.

Auf Anfrage von Herrn Gerber erläutert Herr Beckmann, dass die Stadt Remscheid keine Möglichkeit der Beeinflussung des Bauablaufs hat und über Veränderungen meist auch nicht unmittelbar unterrichtet wird.

Der Ausschuss für Bürger, Umwelt, Klimaschutz und Ordnung nimmt Kenntnis.

**10.2. Ampelanlage Haddenbacher Straße
Anfrage von Herrn Uibel**

Herr Uibel stellt fest, dass nach Veränderung der Schaltung im Bereich der Ampelanlage Haddenbacher Straße vermehrt Rückstaus zu verzeichnen sind und erkundigt sich nach der Behebung des Problems.

Herr Beckmann erklärt, dass die Anlage derzeit über ein Notprogramm läuft, Nachbesserungen erfolgen werden und vorgesehen ist, das früher installierte Bedarfsprogramm wieder in Betrieb zu nehmen.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

**10.3. Ampelanlage Stachelhausen / Weststraße
Anfrage von Frau Fiedler**

Frau Fiedler erklärt, dass die Ampelanlage im Bereich Stachelhausen / Weststraße nachts nicht abgeschaltet wird. Da diese permanente Lichtquelle für eine nächtliche Störung der Bewohner des dortigen Asylantenheims sorgt, bittet sie zu prüfen, ob eine Nachtabschaltung hier in Frage kommt.

Herr Beckmann sagt eine Überprüfung zu; die Antwort ist dem Protokoll als **Anlage 1** beigelegt (Anlage wird nachgereicht!).

Der Ausschuss für Bürger, Umwelt, Klimaschutz und Ordnung nimmt Kenntnis.

**10.4. Parkmöglichkeiten im Bereich Ringstraße 108 - 112
Anfrage von Herrn Schwandt**

Herr Schwandt teilt mit, dass ein Parken auf dem Bürgersteig im Bereich der Häuser Ringstraße 108 – 112 früher geduldet wurde. Da dies in jüngster Zeit vermehrt geahndet wurde, stehen die parkenden Fahrzeuge heute auf der Fahrbahn, was zu einer deutlichen Lärmbelästigung durch bremsende und erneut anfangende PKWs führt. Er bittet zu prüfen, ob zumindest ein einseitiges Aufparken auf den Gehweg möglich ist.

Frau Reul-Nocke regt an, die Angelegenheit in der Verkehrsbesprechung im Januar 2017 zu behandeln.

Der Ausschuss nimmt zustimmend Kenntnis.

**10.5. Auftragsvergaben an ansässige Firmen
Anfrage von Herrn Weber**

Herr Weber stellt fest, dass die Vergaben im Straßenbau vermehrt an ausländische Firmen erfolgen und regt an, mehr heimische Unternehmen zu beauftragen.

Herr Beckmann führt aus, dass TBR und EWR aufgrund der günstigeren Konditionen Jahresausschreibungen machen. Hierbei wiederum ist eine Beteiligung von Subunternehmern durchaus üblich und zulässig.

Frau Reul-Nocke ergänzt, dass eine Bevorzugung der ansässigen Unternehmen kein zulässiges Kriterium der Vergabeordnung ist.

Der Ausschuss für Bürger, Umwelt, Klimaschutz und Ordnung nimmt die Ausführungen zur Kenntnis.

11. BP 137 4. Änderung - Gebiet: Hindemithstraße

1. Aufstellungsbeschluss gem. § 2 (1) BauGB i.V.m. § 13 a BauGB
 2. Beschluss über die frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung gem. § 3 (1) BauGB
- Vorlage: 15/2661

Abstimmungsergebnis:

Ja 16 Nein 0 Enthaltungen 0

Beschluss:

Der Ausschuss für Bürger, Umwelt, Klimaschutz und Ordnung empfiehlt dem Haupt-, Finanz- und Beteiligungsausschuss folgenden Beschluss zu fassen:

1. Aufstellungsbeschluss (gem. § 2 (1) BauGB)

Für den Bebauungsplan Nr. 137, 4. Änderung, - Gebiet: Hindemithstraße -, wird entsprechend der in der Anlage beigefügten Gebietsabgrenzung der Aufstellungsbeschluss gem. § 2 (1) BauGB gefasst.

Ziel des Bebauungsplanes ist es, die planungsrechtliche Grundlage für die private Nutzung einer bislang öffentlichen Fläche in einer sich aus dem baulichen Kontext ergebenden Form zu schaffen.

Die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 137, 4. Änderung, - Gebiet: Hindemithstraße – erfolgt auf der Grundlage des beschleunigten Verfahrens gem. § 13 a BauGB, „Bebauungspläne der Innentwicklung“. Vor diesem Hintergrund wird von einer Umweltprüfung gem. § 2 (4) BauGB abgesehen.

Ortsüblich bekannt zu machen sind der Aufstellungsbeschluss sowie der Hinweis, dass der BP 137, 4. Änderung, im beschleunigten Verfahren ohne Durchführung einer Umweltprüfung aufgestellt wird.

2. Beschluss über die frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung gem. § 3 (1) BauGB

Der Beschluss der BV 1 – Alt-Remscheid vom 27.09.2016 wird zustimmend zur Kenntnis genommen.

**12. Förderprogramm für passiven Lärmschutz im Stadtgebiet Remscheid
Vorlage: 15/2816**

Abstimmungsergebnis:

Ja 16 Nein 0 Enthaltungen 0

Beschluss:

Der Ausschuss für Bürger, Umwelt, Klimaschutz und Ordnung empfiehlt dem Rat der Stadt folgende Beschlussfassung:

1. Das als Anlage 1 beigefügte Förderprogramm passiver Schallschutz für das Stadtgebiet Remscheid wird beschlossen.
2. Die Ermächtigungen für die Aufwendungen im Rahmen der Maßnahme des passiven Schallschutzes sind durch den Stadtkämmerer übertragbar. Sie erhöhen den Aufwand im Haushaltsplanjahr des Folgejahres.
3. Der Stadtkämmerer wird ermächtigt, den Ansatz in 2017 und 2018 um bis zu 30.000,- € überplanmäßig zu erhöhen, soweit das Programm zum passiven Schallschutz gut angenommen wird und der eingeplante Ansatz von je 20.000,- € für 2017 bzw. 2018 ausgeschöpft ist.

**13. Empfehlung des Landschaftsbeirats zur Unterschutzstellung des Hardtparks in Lennep
Vorlage: 15/2723**

Abstimmungsergebnis:

Ja 14 Nein 0 Enthaltungen 2

Beschluss:

Der Ausschuss für Bürger, Umwelt, Klimaschutz und Ordnung empfiehlt dem Haupt-, Finanz- und Beteiligungsausschuss folgenden Beschluss zu fassen:

Der Empfehlung des Landschaftsbeirates vom 21.06.2016, den Hardtpark gem. § 29 des Bundesnaturschutzgesetzes unter Schutz zu stellen, wird nicht gefolgt.

14. BP 667 - Gebiet: nördlich Königstraße, südlich Stadtpark

1. Aufstellungsbeschluss gem. § 2 (1) BauGB i. V. m. § 13 a BauGB

2. Beschluss über die frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung gem. § 3 (1) BauGB

Vorlage: 15/2834

Abstimmungsergebnis:

Ja 15 Nein 0 Enthaltungen 1

Beschluss:

Der Ausschuss für Bürger, Umwelt, Klimaschutz und Ordnung empfiehlt dem Haupt-, Finanz- und Beteiligungsausschuss folgenden Beschluss zu fassen:

1. Aufstellungsbeschluss (gem. § 2 (1) BauGB)

Für den Bebauungsplan Nr. 667 - Gebiet: nördlich Königstraße -, wird entsprechend der in der Anlage beigefügten Gebietsabgrenzung der Aufstellungsbeschluss gem. § 2 (1) BauGB gefasst.

Mit diesem Bebauungsplan werden die planungsrechtlichen Grundlagen zur Errichtung einer mehrgeschossigen Wohnbebauung auf einer bislang durch einen Gewerbebetrieb geprägte Fläche geschaffen.

Die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 667, - Gebiet: nördlich Königstraße, südlich Stadtpark – erfolgt auf der Grundlage des beschleunigten Verfahrens gem. § 13 a BauGB, „Bebauungspläne der Innentwicklung“. Vor diesem Hintergrund wird von einer Umweltprüfung gem. § 2 (4) BauGB abgesehen.

Ortsüblich bekannt gemacht werden sollen:

- Der Aufstellungsbeschluss zum Bebauungsplan Nr. 667 gemäß § 2 (1) BauGB,
- der Hinweis, dass der Bebauungsplan Nr. 667 gemäß § 13 a BauGB im beschleunigten Verfahren ohne Durchführung einer Umweltprüfung aufgestellt werden soll,
- das nach § 2 der Bekanntmachungsverordnung NRW verfahren wird.

2. Beschluss über die frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung gem. § 3 (1) BauGB

Der Beschluss der BV 1 – Alt-Remscheid – vom 25.10.2016 wird zustimmend zur Kenntnis genommen.

**15. Doppelhaushalt 2017 / 2018
Beratung des Entwurfs in der Zuständigkeit des Ausschuss für Bürger,
Umwelt, Klimaschutz und Ordnung
Vorlage: 15/2855**

Herr Chudzinski bittet um Stellungnahme zu den Veränderungen der Personalkosten der Haushaltsansätze 2016 ff für folgende Produkte:

- 14.01.01. – Umweltschutz
- 02.02.01 – Straßenverkehr
- 02.10.01 – Bevölkerungsschutz.

Herr Heine wird die Angelegenheit recherchieren und die Antwort dem Protokoll beifügen (siehe **Anlage 2**).

Der Ausschuss für Bürger, Umwelt, Klimaschutz und Ordnung nimmt die Ds.-Nr.: 15/2855 zum Doppelhaushalt 2017 / 2018 inhaltlich zur Kenntnis.

Nach eingehender Beratung wird die Vorlage zur abschließenden Beratung und Beschlussfassung in den Rat der Stadt weiter verwiesen.

**16. Verlegung des Morsbaches im Bereich eines Firmenstandortes - Mittelbereitstellung/ -einplanung
Vorlage: 15/2867**

Herr Uibel stellt fest, dass die Morsbachtalstraße in dem fraglichen Bereich sehr eng ist und für Fußgänger und Radfahrer Gefahrenpotential aufweist. Er bittet, bei Realisierung der Bachverlegung zwischen Bach und Straße so viel Platz zu lassen, dass eine Straßenverbreiterung künftig noch möglich ist.

Herr Putz führt aus, dass hinsichtlich der Planung ein Konsens sowohl mit dem Landesbetrieb Straßen als auch mit dem Grundstückseigentümer erreicht wurde. Eine Planänderung, die eine Einschränkung der Gewerbefläche bedeuten würde, ist mit beiden Partnern nicht realisierbar.

Frau Reul-Nocke ergänzt, dass mit der geplanten Maßnahme das Hochwasserproblem gelöst und die Standortsicherheit für den Betrieb erreicht wird. Ein Verfahrensstopp wäre zum jetzigen Zeitpunkt nicht tragbar, zumal keine umsetzbare Straßenplanung dem zugrunde liegt.

Auf Anfrage von Frau Fiedler bestätigt Herr Putz, dass die Hochwassergefahr durch eine mit der Planrealisierung erreichte geringere Fließgeschwindigkeit des Baches eingedämmt wird; eine Altlastenproblematik besteht hier nicht mehr.

Abstimmungsergebnis:

Ja 16 Nein 0 Enthaltungen 0

Beschluss:

Der Ausschuss für Bürger, Umwelt, Klimaschutz und Ordnung empfiehlt dem Rat der Stadt folgende Beschlussfassung:

1. Die Verwaltung wird mit der Durchführung der Gewässermaßnahme zur Verlegung des Morsbaches im Bereich der Morsbachtalstraße 18 – 20 beauftragt.
2. Der Kostenanteil für die Gewässermaßnahme beträgt 865.000 € und wird zu 90 %, dies entspricht 778.500 €, durch das Land NRW gefördert. Der Kostenanteil für einen Durchlass beträgt 90.000 € und wird zu 50 %, dies entspricht 45.000 €, durch das Land NRW gefördert. Die Förderung wird in 2016 beantragt.

3. Der Eigenanteil der gesamten Maßnahme, dies entspricht 131.500 €, wird vom Grundstückseigentümer übernommen. Die Zahlungsverpflichtung wird über einen öffentlich-rechtlichen Vertrag geregelt.
4. In Ergänzung der Beschlussvorlage mit der DS-Nr. 15/2855 (Fachausschussberatung) werden die Gesamtkosten der Maßnahme im Produkt „13.02.01 – Wasserbau“ im Doppelhaushalt 2017 / 2018 gemäß Anlage 3 eingeplant und beschlossen.

**17. Naturnaher Gewässerausbau des Eschbachs mit Sanierung des Schwanenteichs - Mittelbereitstellung / -einplanung
Vorlage: 15/2869**

Auf Anfrage von Herrn Uibel erklärt Herr Putz, dass die notwendigen Abstimmungen mit dem Landesbetrieb Straßen erst vor kurzem abgeschlossen werden konnten.

Wegen der Aufnahme der Mittel in den Haushalt wird die heutige Beratung zwingend erforderlich. Die Maßnahme wird kostenneutral abgewickelt, bedarf aber der Darstellung im Haushalt.

Abstimmungsergebnis:

Ja 16 Nein 0 Enthaltungen 0

Beschluss:

Der Ausschuss für Bürger, Umwelt, Klimaschutz und Ordnung empfiehlt dem Rat der Stadt, folgenden Beschluss zu fassen:

5. Die Verwaltung wird mit der Durchführung der Maßnahme „naturnaher Ausbau des Eschbachs mit Sanierung des Schwanenteichs“ beauftragt.
6. In Ergänzung der Beschlussvorlage mit der DS-Nr. 15/2855 (Fachausschussberatung) werden die Gesamtkosten der Maßnahme im Produkt „13.02.01 – Wasserbau“ im Doppelhaushalt 2017 / 2018 gemäß Anlage 3 eingeplant und beschlossen.

Tanja Kreimendahl
Vorsitzende

Birgit Mendryscha
Schriftführerin